

Ursachen, Merkmale und Perspektiven des neuen Modells der Leitung der sozialistischen Wirtschaft

Prof. Dr. rer. pol. F r i t z B e h r e n s , 1909 in Rostock geboren, lehrte seit 1946 an der Universität Leipzig; bis 1957 war er Direktor des Zentralamts für Statistik der DDR; jetzt ist er Leiter der Abteilung Wirtschaft des Instituts für Wirtschaftswissenschaft an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DDR). In den Sitzungsberichten der Akademie (Jahrgang 1966/Nr. 1, Akademie-Verlag Berlin) ist der folgende Text eines Vortrages erschienen, den Prof. Behrens am 16. 9. 1965 in der Sitzung der Klasse für Philosophie, Geschichte, Staats-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften der Akademie gehalten hat.

Wir machen unseren Lesern diesen Text zugänglich, um ein Beispiel für eine Diskussion zu geben, die (im Gefolge ähnlicher Auseinandersetzungen in der Sowjet-Union und in den meisten anderen Ostblock-Staaten) nun auch in der DDR über die Grundlagen, Ziele und praktischen Aufgaben der Wirtschaftspolitik begonnen hat — allerdings im geschlossenen Raum von Akademie-Sitzungen und Akademie-Berichten. Wir sollten jedoch wissen, daß es auch in der DDR Wissenschaftler gibt, mit denen zu diskutieren lohnt und die zu diskutieren bereit sind; Prof. Behrens, den man gelegentlich den „Lieberman der DDR“ nennt, bewies diese Bereitschaft bei Vorträgen, die er in den letzten Jahren mehrfach an Universitäten der Bundesrepublik hielt — und auch dadurch, daß er uns die Wiedergabe seines drüben gehaltenen Vortrages gestattete.
Die Redaktion.

Ich will nicht das „Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik“ als spezifische Form eines neuen Modells der Leitung der sozialistischen Wirtschaft behandeln — das verbietet die zur Verfügung stehende Zeit —, ich will nur versuchen, das Allgemeine und Typische eines Modells aufzuzeigen, das in fast allen europäischen sozialistischen Ländern verwirklicht wird, eines Modells, das — nach den Worten des tschechoslowakischen Ökonomen *Zdislaw Šule* „in vieler Hinsicht nicht mit den traktionellen Vorstellungen vom Sozialismus“ übereinstimmt, „wie sie besonders in den westlichen Ländern verbreitet sind —“¹⁾.

Dabei sind die diesem Modell zugrunde liegenden Vorstellungen keineswegs alle neu. Sie wurden zum Teil bereits in der UdSSR in den zwanziger Jahren entwickelt, konnten aber nicht verwirklicht werden, nicht nur wegen des Personenkults, der auch bei stärkster Betonung der negativen Seiten des Wirkens *Stalins* nur der subjektive Ausdruck der objektiven Tatsache war, daß der Sozialismus in einem Land verwirklicht werden sollte, das ökonomisch zurückgeblieben war und unter Krieg und Konterrevolution schwer gelitten hatte. Statt dessen wurde die Wirtschaft vorwiegend durch staatliche Befehle, durch Produktionsanweisungen, Reglementierungen und Kontingentierungen geleitet und diese Form der Leitung wurde schließlich mit der Leitung einer sozialistischen Wirtschaft überhaupt identifiziert, zumal als in den dreißiger Jahren die kapitalistische Welt unter einer schweren Krise litt, während die sowjetische Wirtschaft einen steilen Aufstieg erlebte. Das . war zweifellos mit ein Grund dafür, daß nach dem zweiten Weltkrieg alle sozialistischen Länder diese Form der Leitung der Wirtschaft übernahmen.

Die Wege der sozialistischen Planwirtschaft sind verschieden, wie die historischen, natürlichen und kulturellen Bedingungen, unter denen sie gegangen werden müssen. In all dieser Mannigfaltigkeit kommt aber das durch die bisherige Erfahrung bestätigte Prinzip

1) Probleme des Friedens und des Sozialismus, Jg. 8, Nr. 6, S. 469.

des wissenschaftlichen Sozialismus zum Ausdruck, daß volkswirtschaftliche Planung nur bei zentraler Leitung durch einen sozialistischen Staat möglich ist.

Aber die historische Erfahrung hat gelehrt, daß das in der Sowjetunion entwickelte Modell einer sozialistischen Wirtschaft nicht das endgültige, ja nicht einmal das typische Modell ist. Dieses historisch entstandene Modell geriet in Widerspruch zu den Existenzbedingungen des Sozialismus, zu denen auch die Warenproduktion gehört. Der Sozialismus beseitigt nur die spezifisch-kapitalistische Form der Warenproduktion, denn sie selbst ist ein Produkt der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und widerspiegelt die Tatsache, daß die spezialisierten Produzenten ökonomisch selbständig sind und ihre Bedürfnisse nur befriedigen können, wenn sie ihre Waren mit anderen Produzenten austauschen. Ich kann auf diese Dinge nicht näher eingehen — zumal ich sie an anderer Stelle sehr ausführlich behandelt habe ²⁾ — und will mich damit begnügen zu unterstreichen, daß die Existenz der Ware-Geld-Beziehungen durch die materiell-technische Basis des Sozialismus selbst bestimmt ist. Sie sind kein dem Sozialismus fremdes Element, sondern im Gegenteil auf der gegebenen Entwicklungsstufe dem Sozialismus eigen und dürfen nicht ignoriert werden, ohne damit zugleich auch die Möglichkeiten zu negieren, die die Ware-Geld-Beziehungen in sich bergen und die für die schnelle Entwicklung des Sozialismus und sein Hinüberwachsen in den Kommunismus genutzt werden können: ökonomische Impulse für die elastische Anpassung der Produktion an die Bedürfnisse der Verbraucher, für die Senkung der Selbstkosten und die ständige Vervollkommnung der erzeugten Gebrauchswerte. Das sind gerade jene Gebiete, auf denen die Form der administrativen Leitung der Wirtschaft nicht den erforderlichen Effekt erzielte.

Aber die Existenz der Warenproduktion reicht nicht aus, um den Übergang zu dem neuen Modell zu begründen, denn Marktbeziehungen sind nicht das einzige und wesentliche Bindeglied zwischen Produzenten und Konsumenten. Als neues und wesentliches Bindeglied kommen die Planung und der Plan hinzu. Plan und Planung entstehen zwar bereits als ökonomische Kategorien im Kapitalismus, wenn mit wachsender Vergesellschaftung der Produktion der Lenkungsmechanismus, der Wert- und Preismechanismus durch Monopolbildungen zunehmend blockiert wird, so daß staatliche Eingriffe und Lenkungsmaßnahmen notwendig werden. Sie werden aber im volkswirtschaftlichen Maßstab erst möglich, wenn auch die Produktionsmittel vergesellschaftet, d. h. zunächst in staatliches Eigentum übergeführt werden. Dann wird aus den gelegentlichen, mehr oder minder unsystematischen, in Not- und Krisenzeiten zwar sehr umfangreichen, aber immer wieder durch Privateigentümer-Interessen zurückgedrängten und behinderten staatlichen Eingriffen und Lenkungsmaßnahmen im Kapitalismus die staatliche Leitung einer sozialistischen Wirtschaft, die als Hauptinstrument für ihre Leitungstätigkeit einen umfassenden und zentralen Plan benötigt.

Immer ist die Leitung der Wirtschaft eine Funktion des Eigentums an den Produktionsmitteln oder — genauer — der Produktionsmitteleigentümer. Wenn die Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum werden, muß die Gesellschaft die Wirtschaft auch leiten. Gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln erfordert gesellschaftliche Leitung der Wirtschaft, aber damit ist noch nichts über die konkrete Form dieser Leitung gesagt, über die Form, wie die Gesellschaft sich die Produktionsmittel aneignet, wie sie sie einsetzt und wie sie die Ergebnisse der Produktion verteilt. Ich kann hier nur darauf hinweisen, daß in der ersten Etappe der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die die ganze Periode von der „Expropriation der Expropriateure“ bis zur Vollendung der sozialistischen Gesellschaft umfaßt, der Staat als Repräsentant der Gesellschaft der Leiter der Wirtschaft ist. Für die erste Etappe ergibt sich aus dem gesellschaftlichen Eigentum mit Notwendigkeit auch die staatliche Leitung der Wirtschaft, aber daraus folgt nicht auch mit gleicher Notwendigkeit die Art und Weise dieser Leitung. Zwar wird das

2) Ware, Wert und Wertgesetz, Akademie-Verlag, Berlin 1961, S. 16 ff.

Hauptinstrument der staatlichen Leitung der Wirtschaft immer der Plan sein, aber sowohl die *Planaufstellung* als auch die *Plandurchführung* können sehr unterschiedlich gehandhabt werden, aber weder das eine noch das andere Modell stimmt mit Modellen überein, die von der bürgerlichen Kritik gebraucht werden.

Dazu eine kurze, sozusagen dogmenhistorische Zwischenbemerkung! Im Jahre 1954 schrieb *Paul Hensel*, ein Schüler *Walter Euckens*, in seiner „Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft“, die Nationalökonomie verfüge über eine hochentwickelte Theorie der Marktwirtschaft, „die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft dagegen ist über die Anfänge nicht hinausgekommen“³⁾. Zehn Jahre später meinte *Alfred Zaubermann* in einem Beitrag in den von *Robert Jungk* herausgegebenen Sammelbänden „Wege ins neue Jahrtausend — Modelle einer neuen Welt“, daß eine ernste theoretische Arbeit — soweit es sich um Dinge handelt, die mit dem wirtschaftlichen Mechanismus vereinbar und unter dem Sozialismus ausführbar sind — nur im Westen geleistet wurde...“⁴⁾. Aber nie haben ernsthaftige Marxisten behauptet, daß die sozialistische Planwirtschaft eine Zentralverwaltungswirtschaft im Sinne der bürgerlichen Modellkonstrukteure sei. Dies widerspräche zutiefst dem Wesen des Sozialismus, dessen Haupttriebkraft die schöpferische Initiative der von aller Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Werktätigen ist. Soweit die sozialistische Planwirtschaft in der Vergangenheit Merkmale hatte, die in das Modell einer Zentralverwaltungswirtschaft aufgenommen werden konnten, hatte das historische Ursachen, war das nicht system-immanent, sondern historisch-zufällig. Die Zentralverwaltungswirtschaft ist die Wirtschaft eines zerstörten, ausgehungerten, an allem notleidenden Landes, eine Kriegswirtschaft und — wenn man will — eine Wirtschaft des „kalten Krieges“. In dieser Wirtschaft werden nicht knappe Mittel durch ökonomische Entscheidungen und Prozesse auf vielfältige Bedürfnisse verteilt, wird weder Nutzen maximiert, noch Aufwand minimiert, sondern wird das nackte Leben gefristet, werden Lücken gestopft und Löcher verstopft und wird sich „durch“- oder „großgehungert“. Eine solche Mangelwirtschaft gibt und gab es nicht nur unter sozialistischen Bedingungen. Sie wird immer und überall durch staatliche Befehle in Form von Produktionsanweisungen, durch Reglementierungen und Kontingentierungen geleitet. Sie hat weder etwas mit den Vorstellungen zu tun, die *Marx* und *Engels* über die sozialistische Wirtschaft hatten noch etwas mit den Prinzipien, die *Lenin* für sie entwarf⁵⁾.

Daß diese Gedanken bei der Schaffung des ersten Modells einer sozialistischen Wirtschaft nicht beachtet wurden, hängt mit den angedeuteten historischen Bedingungen zusammen. Doch nachdem diese Bedingungen — was die Sowjetunion und die europäischen Länder des Sozialismus anbetrifft — sich veränderten, zeigt sich die Richtigkeit dieser Gedanken. Man kann daher durchaus den resignierenden Unterton verstehen, mit dem bürgerliche Kritiker der sozialistischen Planwirtschaft heute feststellen, daß sie immer weniger Züge des von ihnen entworfenen Modells einer Zentralverwaltungswirtschaft zeigt, und der wohl am besten im den von *Edgar Salin* auf der Tagung der Friedrich-List-Gesellschaft im Jahre 1962 zitierten Paradoxon zum Ausdruck kommt: „Entgegen der These, daß alle planen, auch die, die nicht planen, ist die Wahrheit, daß niemand plant, auch die nicht, die planen.“

3) 2. Auflage. Gustav Fischer-Verlag, Stuttgart 1959, S. V.

4) Modelle für eine neue Welt, Wege ins neue Jahrtausend, München und Basel, 1964.

5) Marx wies darauf hin, daß die Sphäre der Planung mit der zunehmenden Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals selbst im Kapitalismus über den Rahmen des einzelnen kapitalistischen Betriebes hinauswächst — obwohl er nur die ersten Anzeichen für den Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum monopolistischen Kapitalismus kennenlernte. Der gesellschaftliche Charakter der Produktion kam zu Marxs Zeiten hauptsächlich in den Betrieben zum Ausdruck. Doch verwies er auf das Entstehen von Aktiengesellschaften, deren Produktion in großem Maßstab geplant werden mußte, als Beweis für den immer stärker werdenden gesellschaftlichen Charakter der Produktion. Diese Gedanken haben Engels und auch Lenin weiterentwickelt. Lenin sah im staatsmonopolistischen Kapitalismus mit seinem hochkonzentrierten Wirtschaftsapparat — und besonders im Bankapparat — die Vorstufe des Sozialismus, die Grundlage für den künftigen Apparat der sozialistischen Wirtschaft.

Ich will die Überlegungen noch durch einen Hinweis auf die Untersuchungen des polnischen Ökonomen *W. Brus* ergänzen, der auf Grund seiner Unterscheidung von drei Gruppen von Entscheidungsbefugnissen, nämlich

1. den grundlegenden makroökonomischen Entscheidungen,
2. den laufenden Entscheidungen über Umfang und Struktur der Produktion,
3. den individuellen Entscheidungen über Konsum und Beruf und Beschäftigung

zeigte, daß die beiden Modelle sich hauptsächlich hinsichtlich der 2. Gruppe unterscheiden⁶⁾. Die makroökonomischen Entscheidungen, die die Entwicklungsrichtung der Volkswirtschaft bestimmen, bleiben auch im neuen Modell im wesentlichen ebenso *zentral* wie die mikroökonomischen und die individuellen Entscheidungen über Konsum und Beruf und Beschäftigungen im alten Modell im wesentlichen immer *dezentral* waren.

Will man das neue Modell der sozialistischen Wirtschaft kurz charakterisieren, so kann man sagen, daß es einen objektiven Mechanismus enthält, der die Widersprüche der sozialistischen Wirtschaft ohne administrativen Zwang zu überwinden in der Lage ist, der das individuelle und das Gruppeninteresse effektiv mit den Interessen der Gesellschaft verbindet und damit die Grundlage für die volle Entfaltung der schöpferischen Initiative der Werktätigen abgibt.

Will man seine Problematik auf ihren Kern reduzieren, so kann man sie als die Frage formulieren: *Wie ist materielle Interessiertheit auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln möglich?* Anders ausgedrückt: *Wie ist materielle Interessiertheit der Werktätigen, der Individuen und Betriebe, mit der staatlichen Leitung der Wirtschaft und mit der Durchführung zentraler Pläne zu vereinbaren* — das ist das Kernproblem des neuen Modells der Leitung und Planung der sozialistischen Wirtschaft! Und will man die Antwort nun auf eine Formel bringen, kann man formulieren: Staatliche Leitung der Wirtschaft ist unter modernen technischen und ökonomischen Bedingungen nur durch die Ausnutzung des sogenannten Marktmechanismus möglich, denn die Einführung der neuen Methoden der Leitung ist nicht dadurch verursacht, daß die Planwirtschaft aufhört, eine Marktwirtschaft zu sein. Es ist — das lehrt die historische Erfahrung — oberflächlich, wenn man Marktwirtschaft und Planwirtschaft einander gegenüberstellt, aber es ist nicht nur oberflächlich, sondern unwissenschaftlich, wenn man aus der Tatsache von Marktbeziehungen im Sozialismus die Schlußfolgerung zieht, daß es sich um „systemfremde“, d. h. kapitalistische Elemente handelt, auf die die Planwirtschaft nicht verzichten kann, ohne in ihrer Effektivität hinter der auf dem kapitalistischen Produktionsmitteleigentum beruhenden Wirtschaft zurückzubleiben. Eine solche Schlußfolgerung entspricht nicht der Wirklichkeit, sondern den Wunschideen, die sich sogenannte Ostexperten von der sozialistischen Planwirtschaft machen. Aber man muß gleichermaßen auch umgekehrt sagen, daß die allgemeine Behauptung, auch die sozialistische Produktionsweise beruhe auf objektiven ökonomischen Gesetzen, noch nichts darüber aussagt, *wie* die sozialistische Wirtschaft reguliert, geleitet und geplant werden *kann* oder gar *muß*, um zur höchsten Effektivität zu gelangen.

Dabei geht es nicht so sehr um die Frage: zentrale oder dezentrale Leitung der Wirtschaft, sondern vielmehr darum, mit welchen Methoden die zentrale oder dezentrale staatliche Leitung der sozialistischen Wirtschaft verwirklicht werden muß: mit administrativen oder ökonomischen Methoden. Administrative Leitungsmethoden gibt es in Perioden der Not auch in der kapitalistischen Wirtschaft. Aus historischen Gründen waren für die sozialistischen Länder solche Perioden bislang typisch, so daß sie auch von administrativen Leitungsmethoden besonders intensiven Gebrauch machen mußten. Das waren nicht nur „Kinderkrankheiten“. Auch diese gab es, aber sie verstärkten die aus

6) W. Brus, Problems of Decentralization in a Socialist Planned economy, International political science association, Geneva, September 21/25, 1964.

Not und Knappheit geborenen administrativen Leitungsmethoden nur. Der Fehler liegt darin, daß solche Methoden beibehalten werden, wenn die Umstände sie nicht mehr erfordern.

Die Mängel des alten Modells sind oft behandelt und bekannt ⁷⁾. Es orientiert auf einen maximalen Produktionszuwachs und ist gekennzeichnet durch Unelastizität in der Anpassung der Produktion an den Bedarf sowie durch die Vernachlässigung der Senkung der Selbstkosten und der Erhöhung der Rentabilität der Betriebe, weil der technische Fortschritt ungenügend stimuliert wird. Dieses Modell war in der Vergangenheit erfolgreich, soweit es um den Wiederaufbau und um die Ausdehnung des Feldes der Produktion ging oder — um mit *Marx* zu sprechen — um die *extensive* erweiterte Reproduktion. Jetzt geht es aber um die *intensive* erweiterte Reproduktion, d. h. nicht mehr um die Maximierung des mengenmäßigen Produktionszuwachses, sondern um die Erhöhung der Effektivität der Investitionen, um die Senkung der Selbstkosten, Erhöhung der Rentabilität der Betriebe, Verbesserung der Qualität der Produkte, bedarfsgerechte Produktion und vor allem um den technischen Fortschritt. Diesen veränderten Aufgaben ist das traktionelle Modell nicht gewachsen, und deshalb wird das neue Modell der Planwirtschaft ausgearbeitet.

Deshalb bedeutet das auch das Gegenteil der Übernahme kapitalistischer Methoden der Leitung der Wirtschaft: ihre rachkalste Überwindung. Hierher gehört aber die Frage, worin eine „höchste Effektivität“ der sozialistischen Wirtschaft überhaupt besteht? Besteht sie in maximalen Zuwachsraten oder in maximaler Befriedigung der individuellen Bedürfnisse? Kommt die „höchste Effektivität“ der sozialistischen Wirtschaft nur in maximalem ökonomischem Wachstum zum Ausdruck? Man kann diese Frage auch dann verneinen, wenn man davon überzeugt ist, daß maximales ökonomisches Wachstum ein notwendiges Durchgangsstadium in ökonomisch zurückgebliebenen oder zurückgeworfenen Ländern ist, in denen Aufbau des Sozialismus und Akkumulation identisch sind. Maximales ökonomisches Wachstum setzt ökonomische Entscheidungen voraus, die die individuellen materiellen Interessen beeinträchtigen, und ist daher mit Einschränkungen der demokratischen Rechte und Freiheiten verbunden. Man kann daher durchaus schwächere Wachstumsraten vorziehen, wenn sie mit einer schnelleren Entwicklung der sozialistischen Demokratie verbunden sind, oder — anders ausgedrückt — man kann einen *Wohlstandseffekt* dem sogenannten *Wachstumseffekt* vorziehen.

Aber wesentlicher als solche Überlegungen ist die historische Erfahrung, daß maximales ökonomisches Wachstum weder mit einer störungsfreien ökonomischen Entwicklung noch mit der vollen Entfaltung der schöpferischen Kräfte der Werktätigen verbunden ist. Anstelle einer gleichgewichtigen — proportionalen — Entwicklung tritt eine ungleichgewichtige — unproportionale — Entwicklung, die zu Störungen in der Versorgung der Betriebe mit Materialien, zu Störungen in der Versorgung der Bevölkerung und im Außenhandel u. a. führt, die hohe Raten der Akkumulation mit niedriger Effektivität der Akkumulation verbindet und schließlich zu einem sinkenden Trend der Wachstumsraten des Brutto- und des Nettoprodukts der Gesellschaft führt. Dieser fallende Trend der Wachstumsraten, den der tschechoslowakische Ökonom *Joseph Goldmann* in einer inter-

7) Eine treffende Zusammenfassung geben die beiden jugoslawischen Ökonomen Lang/Mesoric. Sie fassen Folgen und Auswirkungen wie folgt zusammen:
 „a. Unterdrückung der Einzelinitiative, was die Mobilisierung und optimale Ausnutzung der wirtschaftlichen Quellen sehr ungünstig beeinflusst,
 b. ungenügende und zu langsame Anpassung der Erzeugung an den Verbrauch, besonders an den individuellen Verbrauch,
 c. Minderung der Qualität und des Sortiments, die nicht detailliert in den Plänen vorgeschrieben werden können. Die nach Gewicht geplanten Artikel werden in größeren Dimensionen erzeugt, als sie auf dem Markt verlangt werden (Geschirr, Nägel, Feilen usw.),
 d. die zentralistische und detaillierte Planung erschwerte die demokratische, sozialistische Entwicklung, sie förderte bürokratische Tendenzen im wirtschaftlichen und politischen Leben.“
 (Richard Lang/Milan Mesoric, Wirtschaftsplanung in Jugoslawien, Modelle für eine neue Welt, Wege ins neue Jahrtausend, München und Basel, 1964, S. 414).

essanten Arbeit untersuchte⁸⁾, ist ein besonders ins Auge fallendes Merkmal des alten Modells. Wenn wir z. B. in der CSSR, der DDR, in Polen und Ungarn die Entwicklung von 1950 bis 1964 analysieren, dann sehen wir, daß die Zuwachsraten des Bruttonprodukts zwei *Maxima* in den Jahren 1951/1952 und 1959/1960 hatte, im Trend aber ständig sank mit zwei *Minima* in den Jahren 1953/1955 und 1961/1963.

Ich möchte jedoch mit aller Deutlichkeit sagen: Der Hinweis auf den sinkenden Trend der Zuwachsraten ist noch kein Beweis für eine ungenügende Effektivität des alten Modells, sondern nur ein besonders ins Auge fallendes Merkmal für den Widerspruch, an dem das alte Modell leidet, der u. a. als übermäßige Gewichtung zukünftiger vor Gegenwartsinteressen erscheint, oder anders ausgedrückt: als Vernachlässigung der unmittelbaren Konsumenteninteressen. Es ist in diesem Zusammenhang sicher nicht uninteressant, daß kürzlich als Resultat vieljähriger Diskussion der bürgerlichen Wachstumstheoretiker festgestellt wurde: „In einer Unternehmerwirtschaft ist bei maximalem Wachstum nicht gleichzeitig das langfristige Versorgungsoptimum gewährleistet⁹⁾.“

Den Beweis hierfür muß man auf verschiedenen Ebenen - empirisch und theoretisch - führen. Dabei muß man m. E. davon ausgehen, daß der jährliche Zuwachs der Produktion in erster Linie durch relativ hohe Raten der produktiven Akkumulation angestrebt wird — bei niedriger und in der Tendenz sinkender Effektivität — und daß die für das Wachstum der Produktion erforderliche Steigerung der Arbeitsproduktivität dafür vor allem durch das wachsende Verhältnis der vergegenständlichten zur lebendigen Arbeit bei relativ niedriger — und in der Tendenz ebenfalls sinkender — Effektivität der vergegenständlichten Arbeit erreicht wird. Beides: niedrige Effektivität der Investitionen und niedrige Effektivität der vergegenständlichten Arbeit sind aber nur zwei Seiten derselben Sache: Man kann nachweisen, daß zwischen dem sinkenden Trend des jährlichen Produktionszuwachses und der sinkenden Effektivität der Akkumulation eine hohe positive Korrelation besteht.

Ich kann hier leider nur auf die Problematik der *Effektivität der produktiven Akkumulation* hinweisen, für die das materielle und kulturelle Niveau ein bisher nicht genügend beachtetes Moment ist, zumal wenn man den Begriff des kulturellen Niveaus nicht zu eng faßt und die Entwicklung der verschiedenen Seiten der sozialistischen Demokratie mit einbegreift — und auf den vielgebrauchten und selten definierten Begriff des volkswirtschaftlichen Nutzeffekts.

Die Auffassungen über das, was man unter maximalem volkswirtschaftlichem Nutzeffekt verstehen kann, bewegen sich zwischen zwei Extremen: maximaler Nutzeffekt ist maximale Erfüllung der im zentralen staatlichen Plan festgelegten Ziele bzw. es ist die maximale Erhöhung des Volkswohlsandes. Beides ist nicht dasselbe, wenn man berücksichtigt, welches die Planziele im alten Modell sind und wer sie festlegt und daß zum Volkswohlstand nicht nur eine wachsende Versorgung mit Konsumgütern gehört, sondern z. B. auch wachsende Freizeit und Freizügigkeit. Beide Auffassungen über einen maximalen volkswirtschaftlichen Nutzeffekt können daher offenbar nur dann zusammenfallen, wenn die Ziele des Planes von der maximalen Erhöhung des Volkswohlsandes bestimmt und im Streit der öffentlichen Meinung festgelegt werden — was beides wesentliche Merkmale des neuen Modells sind, das eng mit einer breiten Entfaltung der sozialistischen Demokratie verbunden ist.

8) Goldmann zeigt an Hand der Analyse der Entwicklung in einigen sozialistischen Ländern, wie auf der Grundlage einer schmalen Rohstoffbasis diese hinter der verarbeitenden Industrie zurückbleibt, wenn ein gewisses Optimum im ökonomischen Wachstum überschritten wird, so daß die hohe Rate des Wachstums nicht beibehalten werden kann.
(Fluctuation and Trend in the Rate of economic Growth in some socialist Countries, Economics of Planning, Vol. 4, Nr. 2, 1964, Norway, S 88/98).

9) G. Ganz, Induziert oder autonom? Briefe an den Volkswirt, Der Volkswirt, Jg. 19. Nr. 35, Frankfurt/M., 3. 9. 1965, S. 1956.

Wenn die Ursachen für den Übergang von einem zu einem anderen Modell der sozialistischen Wirtschaft so zuletzt in der Existenz einer sozialistischen Warenproduktion liegen, in der Tatsache, daß mit der Vollendung des sozialistischen Aufbaus und mit dem allmählichen Übergang zum Kommunismus keine „Naturalisierung“ der ökonomischen Prozesse stattfindet, daß im Gegenteil die Warenbeziehungen sich ausdehnen und vertiefen, so liegt der äußere Anlaß doch vor allem in der ungenügenden und abnehmenden Effektivität des alten Modells.

Das ist — auch vom Standpunkt des sogenannten Wachstumseffekts her gesehen — ein Grund zur Einkehr, um so mehr, wenn man den friedlichen ökonomischen Wettbewerb zwischen Sozialismus und Kapitalismus nur — wie es meistens geschieht — unter dem Gesichtspunkt des mengenmäßigen Wachstums betrachtet. Tritt aber als leitendes Motiv der volkswirtschaftlichen Planung ein Wohlstandseffekt anstelle des Wachstumseffekts, so wird das ausschließliche Ziel des mengenmäßigen Wachstums noch fragwürdiger. Um ein Bild auch nur von den wesentlichsten Zügen des neuen Modells zu vermitteln, wie es sich heute bei allen nationalen Verschiedenheiten bereits abzeichnet, reicht die Zeit nicht. Worauf es ankommt: Das neue Modell der Leitung der sozialistischen Wirtschaft verzichtet nicht auf zentrale Weisungen überhaupt, so z. B. bei der Aufteilung des Nettoprodukts in Akkumulation und Konsumtion, bei der Verteilung der akkumulierten Mittel auf die produktiven und unproduktiven Investitionen und ihrer Verteilung auf die Sphären und Bereiche der materiellen Produktion und andere makroökonomische Entscheidungen, aber es wägt sorgfältig ab, wo, wann und bei welchen Prozessen sie angebracht sind und wo man zu anderen Formen greifen muß. Das neue System bedeutet nicht eine Einschränkung der planmäßigen Leitung der Volkswirtschaft, sondern es schafft die Voraussetzungen für ihre wirksamere Gestaltung, indem es das Instrumentarium dieser Leitung erweitert und sorgfältig abwägt, unter welchen Bedingungen sich die eine oder die andere Form der Leitung am günstigsten anwenden läßt. Der Plan bleibt das Hauptinstrument der staatlichen Leitung, aber er berücksichtigt nicht nur die Marktbeziehungen, sondern bezieht sie ein, weil nur, wenn Plan und Markt nicht als sich abschließende Gegensätze, sondern als Pole einer dialektischen Einheit verstanden werden, bilanzierende Pläne als reale Pläne oder — genauer — als zu realisierende Pläne aufgestellt werden können.

Wenn wir Planung ganz allgemein als Vorausschau, als vorausschauende Einschätzung ökonomischer Prozesse und planendes Handeln als bewußte Einwirkung auf diese Prozesse, als den Versuch ihrer gezielten Lenkung bezeichnen, dann muß der Plan im neuen Modell als ein elastisches Arbeitsinstrument aufgefaßt werden, das es der staatlichen Leitung gestattet, mit einem Minimum an administrativem Zwang auszukommen. Der Plan muß als perspektivische Vorausschau den Rahmen abgeben für die ökonomischen Beziehungen, die auf der Warenproduktion beruhen. Anders ausgedrückt: Ein sozialistisches Leitungssystem, das sich ökonomischer Methoden bedient — das ist das Epochemachende des neuen Modells der Leitung der sozialistischen Wirtschaft. Es handelt sich dabei nicht um eine Summe mehr oder minder umfangreicher und mehr oder minder abgestimmter Maßnahmen, sondern um ein System von Maßnahmen, um einen Maßnahmenkomplex, um Maßnahmen, die sich aus der sozialistischen Warenproduktion ergeben. Ein solches Leistungssystem der Wirtschaft beinhaltet sowohl den *staatlichen Plan* als auch die *Marktbeziehungen* zwischen den Betrieben und den individuellen Konsumenten, die auf dem materiellen Interesse beruhen. Damit entsteht die *widerspruchsvolle Aufgabe*, Ware-Geld-Beziehungen zu planen und die materielle Interessiertheit für gesellschaftliche Zwecke auszunutzen.

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel weckt zwar neue Antriebe für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft, das erreichte Niveau der gesellschaftlichen Produktivität und das erreichte Niveau der Arbeitsproduktivität reichen aber nicht aus,

um auf die Anreize verzichten zu können, die sich für ihre weitere Entwicklung aus den Warenbeziehungen ergeben. Man muß alle Einzelfragen unter den skizzierten Gesichtspunkten sehen, und nur von diesen Gesichtspunkten aus ergibt sich auch die theoretische Konzeption, die allen Einzelmaßnahmen zugrunde liegt. Dabei gibt es noch zahlreiche Einzelfragen — und auch Grundfragen —, die nicht gelöst sind, wie die Rolle der Preise oder des ökonomischen Risikos. Das neue Modell entsteht im gesellschaftlichen Experiment, und wenn ich abschließend ein Wort zu seiner Perspektive sage, so will ich vor allem darauf hinweisen, daß die objektiven gesellschaftlichen und historischen Ursachen, die zu seiner Entstehung führten, m. E. auch die Bedingungen sind für seine weitere Entfaltung.

Ich sage das, um damit noch einmal nachdrücklich auf die Ursachen, auf die prinzipielle Bedeutung und die Notwendigkeit des neuen Modells hinzuweisen. Es entsteht im ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus, in einem Wettbewerb, der zugleich Bedingung für die friedliche Koexistenz beider Systeme ist. Denn friedliche Koexistenz ist nicht allein eine Konsequenz aus der Tatsache, daß die Menschheit unter der Drohung der Bombe lebt, sie ist vor allem auch eine Konsequenz der Einsicht, daß der Kapitalismus letztlich nur durch die höhere Effektivität einer neuen Gesellschaftsordnung endgültig und für immer besiegt werden kann. Das neue Modell ist die Konzeption einer sozialistischen Wirtschaft im ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus, auch wenn diese Konzeption erst — wie es in der Tat geschieht — post festum ausgearbeitet wird, wobei natürlich alle vorangegangenen Diskussionen in den sozialistischen Ländern eine Rolle spielen.

Damit hat nicht nur die sozialistische Wirtschaft eine neue Etappe ihrer Entwicklung erreicht — auch die politische Ökonomie! Ich meine nicht den Prozeß der Rezeption moderner Forschungsmethoden oder die Mathematisierung der politischen Ökonomie, sondern ich meine die Tatsache, daß sowohl die politische Ökonomie des Kapitalismus als auch die politische Ökonomie des Sozialismus Fakten zur Kenntnis nimmt, sie analysiert und verallgemeinert, die bislang übersehen oder gar verleugnet wurden. Ich meine *einmal* die im modernen Kapitalismus vorhandenen Elemente einer Planung, die zeigen, daß die „Bewegung des Kapitals“ sich bis zu einem gewissen Grade „seiner selbst bewußt“ geworden ist. Ich meine vor allem aber die nicht nur verbale Anerkennung, daß die *sozialistische Planwirtschaft eine Marktwirtschaft* ist. Man muß hierauf hinweisen, um zu bemerken, daß die bereits erkennbare neue Qualität der politischen Ökonomie nicht durch autonome Forschung erzielt, sondern durch die Realität erzwungen worden ist.

Man mag der Meinung sein, das sei nicht wichtig, aber ich denke, daß das doch wichtig ist, weil die wissenschaftliche Erkenntnis für die sozialistische Politik ein wesentlicher Faktor ist, ja weil eine Politik erst zur sozialistischen Politik wird, wenn sie auf wissenschaftlicher Erkenntnis beruht. Ich brauche in diesem Kreise nicht zu begründen, daß die fehlende autonome Forschung nicht auf einen Mangel an schöpferischen Potenzen, sondern darauf zurückzuführen ist, daß die sozialistische Ideologie in der Vergangenheit vor allem in den Dienst der Sicherung des Aufbaus des Sozialismus gegen Angriffe von außen gestellt wurde. Die politische Ökonomie befaßte sich vorwiegend mit makroökonomischen Problemen und vernachlässigte — abgesehen von der dogmatischen Behandlung dieser Probleme — das konkrete Verhalten der Menschen in bezug auf die gesellschaftlichen Erfordernisse, die in den ökonomischen Gesetzen ihren allgemeinen Ausdruck finden. Aber ökonomische Gesetze sind keine Motive für das Handeln der Menschen und müssen durch ein — soziologisches und psychologisches — Motivationsgefüge ergänzt werden, das das — positive oder negative — Verhalten in bezug auf die gesellschaftlichen Erfordernisse erklärt.

Das betriebliche bzw. individuelle Verhalten wurde von der politischen Ökonomie ausgeklammert, weil Soziologie oder Psychologie als unbrauchbar, ja schädlich abgelehnt

wurden. Dadurch entstand ein Vakuum in der Erkenntnis ökonomischer Realitäten, das mit Spontaneität und Zufall als Abweichungen vom gesetzmäßigen Verhalten der Betriebe und Individuen ausgefüllt wurde. Infolge der angedeuteten Situation wurden die menschlichen Beziehungen, die die ökonomischen Gesetze ausdrücken, nur in abstrakten Begriffen erfaßt. Ihre Anwendung auf die ökonomische Realität wurde nicht theoretisch bewältigt und die praktische Bewältigung dieser Realität nicht wissenschaftlich begründet. Statt das Verhalten der Betriebe und Individuen mit Maßnahmen, Methoden und Mitteln zu leiten, die sich aus den ökonomischen Gesetzen ergeben, d. h. mit ökonomischen Hebeln, bekämpfte man angebliche Spontaneität und Zufall durch administrativ-bürokratische Methoden, Befehle und Anweisungen und — wenn diese versagten — durch Appelle an das Bewußtsein und an die Moral.

Zwischen den in den ökonomischen Gesetzen zum Ausdruck kommenden gesellschaftlichen Erfordernissen und den betrieblichen und individuellen Verhalten vermitteln aber nicht Spontaneität und Zufall, sondern materielle Interessen, die sich aus ökonomischen Hebeln ergeben, die positiv oder negativ in bezug auf die gesellschaftlichen Erfordernisse wirken. Anders ausgedrückt: die ökonomischen Gesetze bestimmen das betriebliche und individuelle Verhalten zwar im allgemeinen, aber das konkrete Verhalten ist die Wirkung ökonomischer Hebel und ist nur Zufall, wenn es nicht auf Grund wissenschaftlicher-soziologischer oder psychologischer — Erkenntnis geleitet wird. Hier liegt die prinzipielle Bedeutung des sogenannten „geschlossenen Systems ökonomischer Hebel“, von dem bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik gesprochen wird. Deshalb glaube ich, daß man *Robert Jungk* zustimmen kann, wenn er kürzlich meinte: „In der noch sehr kurzen Geschichte der Planung stehen wir vergleichsweise dort, wo sich die Astronomie befand, als das Fernrohr schon erfunden worden war¹⁰⁾.“

10) Wege ins neue Jahrtausend, a.a.O., S. 507.